

Vahrenholts Rundbrief: Habecks Brücke ins Nirgendwo

geschrieben von AR Göhring | 7. November 2023

Zum Einstieg erhalten Sie wie bereits gewohnt meinen Monitor zum tatsächlichen weltweiten Temperaturanstieg. Danach beschäftige ich mich mit der Habeckschen Strompreisbrücke ins Nirgendwo.

Im Oktober 2023 ist die Abweichung der globalen Temperatur vom 30-jährigen Mittel der satellitengestützten Messungen der University of Alabama (UAH) gegenüber dem September noch einmal geringfügig angestiegen. Der Wert beträgt 0,93 Grad Celsius und stellt die höchste Abweichung vom langjährigen Mittel seit 1979 dar. Wir befinden uns inmitten eines starken El Nino wie 2016, 2010 und 1998 (s. Abb.). Daher gibt auch der jetzige Ausreißer keinen Anlass zur Panik. Der Temperaturanstieg beträgt im Durchschnitt pro Jahrzehnt seit 1979 0,14 Grad Celsius.

Habeck 2022 : „Wir haben kein Stromproblem“

Sie erinnern sich sicher noch an den Ausspruch des Wirtschaftsministers Robert Habeck inmitten der größten Energiekrise Deutschlands im Juli 2022: „Wir haben ein Gasproblem- kein Stromproblem.Und da hilft uns Atomkraft gar nichts.“

Ein Jahr später beklagt er in einer von ihm herausgegebenen Broschüre „Industriepolitik in der Zeitenwende „:

„Während die Strompreise für stromintensive Unternehmen beispielsweise der Chemie-, Stahl- und metallverarbeitenden Industrie vor dem Ukrainekrieg wettbewerbsfähig waren, zahlen diese Unternehmen oft inzwischen einen vielfach höheren Strompreis als Wettbewerber etwa in Frankreich, den USA oder China“.

Wir haben also ein Strompreisproblem und dieses ist durch Verteuerung und Verknappung des Stromangebots auf Grund grüner Politik erzeugt worden.

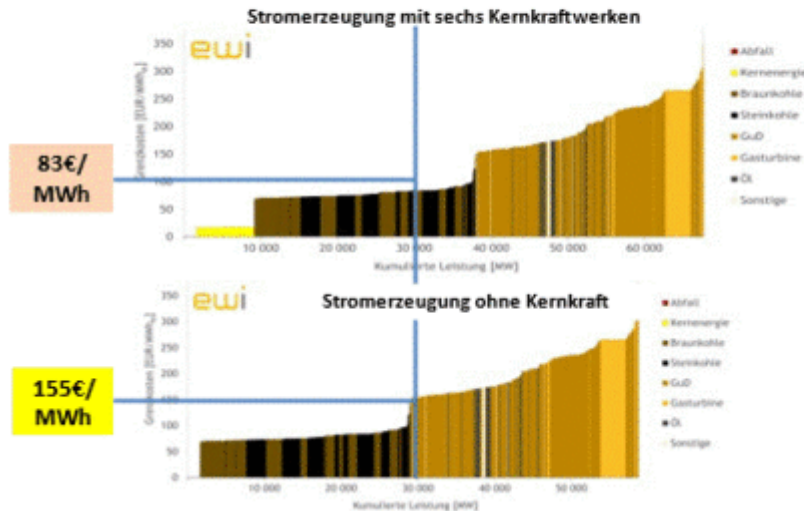
Es gibt zwei politisch erzeugte Ursachen : die eine ist die Stilllegung der letzten Kernkraftwerke und die massive Verteuerung der CO₂-Zertifikate bei Kohle- und Gaskraftwerken.

Die Stilllegung der letzten sechs Kernkraftwerke durch die Ampelkoalition hat die preiswertesten Stromerzeugungskapazitäten aus dem Verkehr gezogen. (Beim preiswerten Kernenergiestrom von 2,5 Ect/kwh sind die Kosten der Endlagerung und des Rückbaus einbezogen).

Da Kernkraftwerke immer den preiswertesten Strom erzeugten, müssen nun teurere Gas- und Steinkohlekraftwerke einspringen. Da das teuerste

Kraftwerk den Preis bestimmt, erhöht sich der Strompreis dramatisch, wie folgende Grafik beispielhaft zeigt. (Quelle : Die große Energiekrise)

Ohne Kernkraftwerke bestimmen Gaskraftwerke den Strompreis, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint



Die Stilllegung der Kernkraftwerke hat also nicht nur die CO₂-Emissionen in Deutschland um 5-10 % erhöht (Habeck Heizungsgesetz bringt bis 2030 kumuliert 1,4 % CO₂- Minderung). Die Stilllegung hat auch den Strompreis in Deutschland deutlich nach oben geschoben.

Der CO₂-Preis verdoppelt die Strompreise

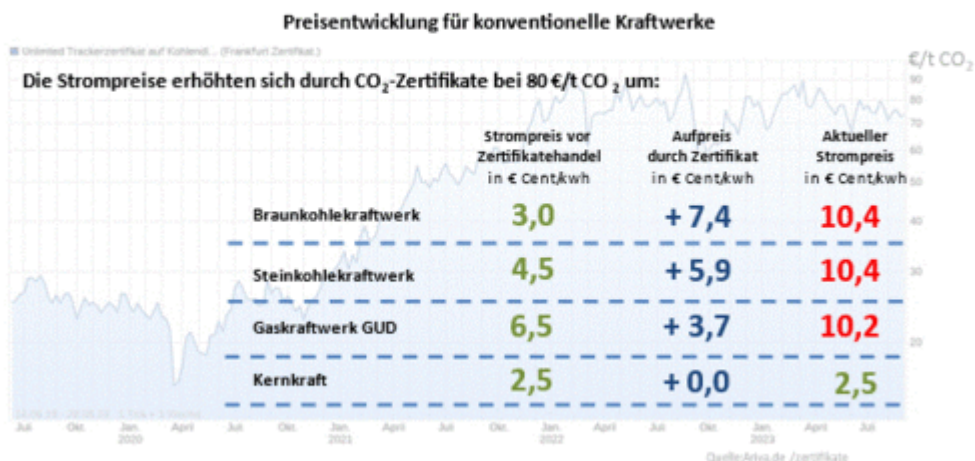
Ein weitere, durch grüne Politik erzeugte Ursache der Strompreisexplosion ist die Verteuerung der CO₂-Preise durch das europäische Zertifikate – Handelssystem. In 2021 trat die vierte Handelsperiode für CO₂-Zertifikate in Kraft, wonach die Anzahl der Berechtigungszertifikate für CO₂-Emissionen um jährlich 2,2% verknappt wird. Das sind Jahr für Jahr 48 Millionen t CO₂-Zertifikate weniger, was dazu führte, dass sich in 2021 die CO₂-Preise massiv erhöhten. In den Vorjahren kostete die Emission einer Tonne CO₂ 20 €. In 2021 sprang der Preis auf 80-100 € um das Vier- bis Fünffache.

**Die Verteuerung der Strompreise ist politisch gewollt:
Die Europäische Kommission hat die Preise der CO₂ -Zertifikate
auf das Vierfache ansteigen lassen**



Diese CO₂ – Preiserhöhung hat in Deutschland, das etwas mehr als die Hälfte der Stromerzeugung aus Braunkohle, Steinkohle und Gas deckt, besonders starke Auswirkungen. Es führt zu einer Verdoppelung der Strompreise in Deutschland, das bereits die höchsten Strompreise der Welt aufwies und einen hohen Anteil an energieintensiver Industrie hat. Das hinderte weder die Bundesregierung noch die EU – Parlamentarier der Ampelparteien aber auch der CDU daran, die Verschärfung des Emissionshandels in Europa durchzuwinken.

**Allein durch den europäischen Zertifikatehandel haben sich die
Strompreise für konventionelle Kraftwerke verdoppelt bis verdreifacht**



Habeck 2023 : “ Wir haben ein Strompreisproblem“

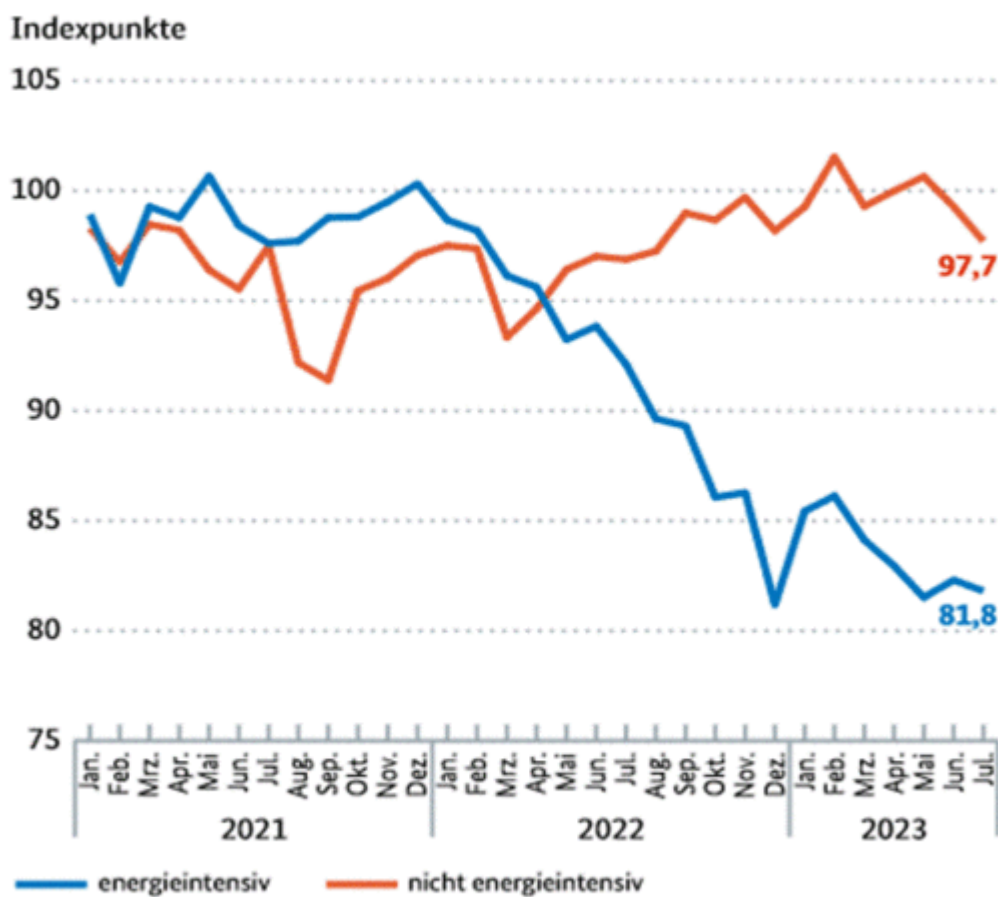
Das Ergebnis seiner Politik kann auch der Wirtschaftsminister jetzt nicht mehr negieren. Die Deindustrialisierung hat begonnen. Bei der Vorstellung seiner Industriestrategie Ende Oktober erklärte er: „ Wir verlieren die Industrie und damit nicht nur Arbeitgeber und Branchen,

sondern maßgeblichen Teil des Wohlstands, mit den entsprechenden politischen, gesellschaftlichen, demokratischen Konsequenzen.“ (Minute 41:40)

Wenn ein Minister eingestehen muss, dass das Ergebnis seiner Politik zum dramatischen Verlust an Wohlstand führt, wäre eigentlich ein Rücktritt angebracht. Er gesteht ein : „Für zahlreiche Betriebe der energieintensiven Industrie sind diese Preise existenzbedrohend, es droht eine Erosion der deutschen Grundstoffindustrie und damit der Wegfall integrierter Wertschöpfungsketten“ (Industriepolitik in der Zeitenwende, S.17)

Aber Robert Habeck hat eine andere Begründung : Ursache für die Strompreisexplosion sei der „Angriffskrieg Putins auf die Ukraine“. Das mag für die Gaspreise zutreffen, für die Stromknappheit jedoch ist allein die Bundesregierung verantwortlich.

Abbildung 3: Industrieproduktion



Index 2015=100, preis-, saison- und kalenderbereinigt

Quelle: destatis

Die Strompreisbrücke führt ins Nichts

Da Robert Habeck nun zur Erkenntnis gekommen ist, dass „unser Wohlstand auf das Engste mit industrieller Produktion verknüpft ist“, (Industriepolitik S.3) soll jetzt der Steuerzahler durch eine Strompreissubvention das Schlimmste verhindern. So will er für etwa 2500 energieintensive Unternehmen den Strompreis von heute 10-12 €/kwh auf 6 €/kwh heruntersubventionieren. Diese Unternehmen verbrauchen etwa 120 Terawattstunden Strom, etwa 22 % des deutschen Stromverbrauchs. Um die Kosten ein wenig einzugrenzen, sollen nur 80 % des Verbrauchs bezuschusst werden. Trotzdem kommt man auf eine gewaltige Summe von 6 Milliarden € pro Jahr. Um dieses fatale Ergebnis der eigenen Politik ein wenig zu kaschieren, spricht Habeck von der Strompreisbrücke, die lediglich bis 2030 zu zahlen sei, nach seiner Rechnung etwa 25-30 Milliarden €. Denn – so seine Annahme – ab 2030 wären ja ausreichend preiswerte erneuerbare Stromerzeugungen installiert worden : “ In Zukunft wird die Industrie durch Erneuerbaren Strom, Wasserstoff und klimaneutrale Kohlenwasserstoffe versorgt werden. Erneuerbare Energien ... stärken auch nachhaltig Preisstabilität und Versorgungssicherheit für die Industrie.“

Hier liegt der eigentliche Fehler der Energiepolitik der Bundesregierung. Sie glaubt eine Stromversorgung oder gar eine Energieversorgung Deutschlands allein durch Solarstrom und Windenergie wettbewerbsfähig sicherstellen zu können. Kein anderes Land der Welt versucht das. In meinem letzten Newsletter habe ich darauf hingewiesen, dass Windenergieanlagen riesige Kostenschübe durch Material- und Kapitalkosten zu gewärtigen haben. Will man dann noch die fluktuierenden Erneuerbaren zu einem bedarfsgerechten, verlässlichen Stromangebot formen, werden 14 bis 16 €/kwh erreicht. Das ist dann das Ende energieintensiver industrieller Produktion in Deutschland.

Und es klingt in Habecks Industriepapier schon wie eine Drohung, wenn er zusammenfasst : „Es haben nur Unternehmen eine Chance, die mit den langfristigen Kosten des neuen Energiekonzepts werden arbeiten können.“

Industrieunternehmen, die die Subvention bekommen, müssen „eine klare Transformationsverpflichtung eingehen, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen“.

Übersetzt heißt das: es überleben nur Unternehmen, die dem grünen Narrativ folgen.

Was müsste eine neue Bundesregierung tun ?

Die Ampel-Koalition will zwar die CO₂-Abscheidung bei ausgewählten Industrien erlauben, die Anwendung der Technologie bei Kohlekraftwerken jedoch nicht zulassen. Anstatt 25-30 Milliarden aus dem Klimaschutzfond (!) zur Subventionierung des Industriestroms bereitzustellen, sollte eine neue Bundesregierung mit diesem Geld die CO₂-Abscheidung bei Kohlekraftwerken finanzieren. Das würde auf Dauer das Stromangebot absichern und die Stromkosten senken, da die Abscheidung von CO₂ deutlich preiswerter ist (50-70€/t CO₂) als die Zahlung einer Strafgebühr für

Zertifikate in Höhe von 80-100 €/t CO₂. Damit könnte man sich auch den extrem teuren Weg eines backups durch Wasserstoffkraftwerke sparen, da deren Regelungsfunktion von den „grünen“ Kohlekraftwerken übernommen werden könnte.

Eine neue Bundesregierung hätte zum Zweiten durch die Abschaffung des Fracking-Verbotsgesetz die Möglichkeit, preiswertes und wettbewerbsfähiges Erdgas in Deutschland für die nächsten 20-30 Jahre zu erschliessen. Der Förderungsbeginn wäre innerhalb einer Jahresfrist möglich.

Drittens müsste eine neu Bundesregierung das Forschungsverbot für neue, störfallfreie Kernkrafttechnologien der 4. Generation abschaffen, bei denen keine langlebigen Abfälle entstehen. Das hilft uns zwar nicht sofort, wird uns aber langfristig aus der Sackgasse führen. Denn es verdichten sich die Hinweise, dass diese Technologien Strom für 2 €/ct/kwh erzeugen können. Wer langfristig industrielle Produktionen in Deutschland aufrechterhalten will, muss die Weichen hierfür rechtzeitig stellen